

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Bestellung ins Haus für Groß-Berlin 12 M., in voraus zahlbar. Für Postbestellung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband begeben für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum, Mittel- und Ostpreußen die folgenden deutschen Postämter u. Luxemburg 20 Pfl., in das übrige Ausland 27 M., bei Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 20 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 8/9.

Die abgesetzten Kontraktbestellen über einen Raum kosten 5.- M. einschließlich Transportgebühren. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Transportgebühren. Deutsche Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Erzberger von der Reaktion gemeuchelt

## Die Täter entkommen — Die Blutschuld der Deutschnationalen und Militaristen

Offenburg i. B., 26. August.

Der Reichstagsabgeordnete Erzberger, der sich seit einigen Tagen mit seiner Familie in Bad Griesbach aufhielt, von wo aus er täglich Spaziergänge zu machen pflegte, ist heute gegen Mittag auf dem badischen Kniebis bei Griesbach ermordet aufgefunden worden. Der Leichnam wies 12 Revolverkugeln auf.

Bad Griesbach, 26. August.

Zur Ermordung des Reichstagsabgeordneten Erzberger erfahren wir folgende Einzelheiten:

Erzberger befand sich heute vormittag gegen 9 Uhr auf dem Wege von Bad Griesbach zur Alexanderschanze beim Kniebis. In seiner Begleitung befand sich der Reichstagsabgeordnete Diez. Es sollen zwei Burjken im Alter von 25 Jahren als Täter in Betracht kommen, die die beiden Abgeordneten von einander trennten und auf der Verfolgung den Abgeordneten Erzberger durch mehrere Schüsse in die Brust und den Kopf niederstreckten. Der Abgeordnete Diez wurde verwundet und befindet sich im Spital in Oppenau. Eine Gerichtskommission hat sich mit Polizeihunden an den Tatort begeben. Der Vorgang spielte sich in der zehnten Morgenstunde ab. Mit Sicherheit konnte bereits festgestellt werden, daß kein Raubmord vorliegt.

Helfferich heißt der Mörder. Kahr und Voehner seine Helfershelfer. In der Leitung der Deutschnationalen Partei, in den Verbänden der Frontkämpfer-Vereinigungen, in den Redaktionen der „Kreuzzeitung“, der „Deutschen Zeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“, der bayerischen Ordnungspresse, sitzen die Anführer. Dort sind die Revolver geladen worden, die in Griesbach losgegangen sind.

Die intellektuellen Urheber des Mordes werden jetzt die ekelhafte Komödie spielen, die sie jedesmal veranstaltet haben. Sie werden betuern: wir haben es nicht gewollt. Ruhlos die feige Lüge! Sie wußten und mußten wissen, was sie taten.

Endlos und entschuldig ist die Reihe der Opfer. Von Liebknecht und Luxemburg bis zu Gareis. Nie war ein Zweifel möglich. Ein Opfer wurde erwählt, dann begann die Hehe. Täglich erschienen die Artikel, die den Gezeichneten, der den Deutschnationalen, den Militaristen, den Monarchisten, den Steuerhauern gefährlich erschien, als Verderber Deutschlands, als Abhauern der Menschheit geschildert. Was in der Hauptstadt von den führenden Organen, von den Leitern der Partei, von den Generalen auf den Frontkämpfertagen nur allzu deutlich angedeutet wurde, das wurde dann in der Provinz offen propagiert: der Mord.

In Bayern war das Zentrum. Unter dem Schutze des Belagerungszustandes, unter dem Schutze der Regierung, unter Beihilfe des Münchener Polizeipräsidenten wurde die Mordhege systematisch gepflegt. Immer ärger die Verrohung und Verwilderung. Kahr und Voehner reagierten, indem sie jede Gegenwirkung noch brutaler unterdrückten. Die Deutschnationalen jubelten. Bayern, das war ihr Ordnungszustand. Und die Früchte reiften heran. Gareis wurde ermordet. Ihr Werk war es.

Sie haben es nicht gewollt? Nur noch wider und verzweifelter schrie ihre Presse. Noch willkürlicher und brutaler handhabten Voehner und Kahr den Belagerungszustand gegen alles, was sozialistisch, republikanisch, freiheitlich war. Tag für Tag erschienen ihre Blätter in immer toterer Hege gegen den politischen Gegner. Und politischer Gegner war jeder, der nicht deutschnational, nicht militaristisch und monarchistisch war. Wirth und Rathenau waren Freiwild. Ihre Ermordung wurde in Prosa und in Gedichten im vordringlichsten Licht. Und „Kaltmachen“ war die immer wiederholte Losung gegen unsere Genossen. Erzberger aber

haben sie am meisten gehaßt. Ihm konnten sie es nicht verzeihen, daß er einer der wenigen bürgerlichen Politiker war, die vom Geiste der neuen Zeit einen Hauch verspürt haben. Sie konnten ihm nicht verzeihen, daß er — zu spät — das Verbrecherische ihrer Politik erkannte und an den Pranger gestellt hatte. Sie mußten, mußten wissen, mußten gerade bei Erzberger wissen, wohin das führen wird. Schon einmal hatte Helfferich die unausbleibliche Wirkung der Hege, deren Urheber er war, gesehen. Während des Prozesses gegen Erzberger wurde das erste Attentat auf ihn ausgeübt.

Sie haben das zweite nicht gewollt? Aber wann haben verantwortliche und einflußreiche deutschnationale Führer je ein Wort gegen die Fortsetzung dieser Hege gesprochen, wann sind sie dem Schandtreiben in Bayern, wann den blutgierigen Ausschreitungen ihrer Presse entgegengetreten? Nie und niemals! Und deshalb sind sie die Hauptschuldigen!

Daß sie die Werkzeuge fanden, wer will sich wundern. Es sind doch gute Zeiten für Mörder. Mord um Mord geschah. Immer wieder Morde an den Rettern Deutschlands aus der Katastrophe, in die die Deutschnationalen und Militaristen Deutschland gestoßen haben. Zwei Jahre Mord! Mord um Mord und jeder Mord ungeführt. In München wird Gareis ermordet, die Mörder entkommen, der Polizeipräsident, unter dem der Mord geschehen ist, bleibt. Er macht keinen ernsthaften Versuch, den Mörder zu finden und bleibt. Die Regierung Kahr hält den Polizeipräsidenten des Nordens, sie bleibt und verschärft die Anwendung des Belagerungszustandes gegen die Partei der Ermordeten. Sie knebelt die Presse, die gegen die schmachvollen Zustände ankämpft und gibt der Mordpresse freie Bahn.

Ein unberechenbarer Zufall fügt es manchmal, daß ein Mörder gefaßt wird und vor Gericht steht. Aber trotzdem: gute Zeiten für Mörder! Der Staatsanwalt formuliert die Anklage, und es handelt sich nicht mehr um Mord. Die Richter sprechen Recht, und auch der Totschlag ist nicht geschehen. Die Buße für schwere Körperverletzung oder unbefugtes Waffentragen wird nicht vollzogen, denn rechtzeitig öffnen sich dem Opfer des Zufalls die Tore zur Flucht.

Oh, juristisch ist sicher alles in Ordnung. Nur sind die Richter deutschnational und die blödschüchterne Revolution hat vor der Unabsehbarkeit ihrer grimmigsten Feinde einen höllischen Respekt.

Ungeführter Mord aber zeugt wieder Mord, und wenn die Edelsten und Besten der Nation, wie sie sich nennen, in Wort und Schrift ihren politischen Gegner meucheln, dann stellt sich schließlich der Meuchelmörder unentrinnbar ein.

Diesmal hat der deutschnationale Mordstrahl keinen Arbeiter und keinen Sozialisten getroffen. Es ist ein Führer der größten und mächtigsten bürgerlichen Partei, einer der bedeutendsten Politiker des neuen Deutschland, der gemeuchelt worden ist.

So darf es nicht mehr weiter gehen! Abfichtlich und planvoll arbeiten die Deutschnationalen, und der schmutzige Anhang, den sich die edlen Herzen als ihre Stoßtruppe erkoren haben, darauf hin, Fasslitzenzustände in Deutschland zu schaffen. Aber Deutschland ist nicht Italien, und die deutschen Arbeiter werden es nicht dulden, daß ihre Verderber, die fluch- und schuldbeladenen Anführer des Krieges, die aufs Haupt geschlagen, jetzt den Bürgerkrieg organisieren, ihr freies Werk vollenden.

Wir lassen uns diese Zustände nicht länger mehr gefallen!

Mit der Reaktion muß gründlich ausgeräumt werden, in der Politik, in der Justiz, in der Verwaltung. Der Ausnahmezustand muß überall und vor allem in Bayern fallen. Entschiedene und verlässliche Republikaner müssen die politische Verwaltung übernehmen, die Justiz muß gesäubert werden und die Unabsehbarkeit der Richter, einst eine Garantie der Unabhängigkeit der Rechtspflege, darf nicht länger Vorwand sein, um die Justiz in einer Dirne deutschnationaler Parteipolitik zu machen.

Es trifft sich gut, daß wir die Einberufung des Reichstagsausschusses gefordert haben. Die Reichsregierung, die an dieser entsetzlichen Untat sehen kann, wohin ihre Duldung der reaktionären Organisationen, der bayrischen Zustände geführt hat, hat die Pflicht, ein wirksames Programm zur Bekämpfung der reaktionären Gefahr vorzulegen.

Die Arbeiterschaft aber wird dafür sorgen, daß dieser Mord und mit diesem Mord alle anderen nicht nur Sühne finden an den unmittelbaren Tätern, sondern auch an den verantwortlichen Urhebern. Wir wünschen keinen Terror und verurteilen individuelle Gewalttaten. Aber die politischen Konsequenzen müssen mit Energie gezogen und die politische Macht endlich zum Kampf gegen die Reaktion mobilisiert werden!

## Der Meuchelmord — Die politische Waffe der Reaktion

Die politische Saison ist eröffnet. Nach den Monarchistenparaden in München, Königsberg und Berlin, nach den chauvinistischen Hehreden der Ludendorff, Goltz, Gyp usw. knallten gestern die Revolverkugeln zweier Mordbuben, die den Reichstagsabgeordneten und früheren Staatsminister Erzberger niederstreckten. Die Mörder haben diesmal bessere Arbeit geleistet als ihr Vorgänger, der deutschnationale Führer Dietrich von Hirschfeld, der im Januar 1920 ein Attentat gegen Erzberger verübte. Von zahlreichen Revolverkugeln durchbohrt, blieb Erzberger als Opfer des neuen Attentats auf der Strecke.

Zurzeit liegen noch keine Angaben über die Person der Attentäter vor. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß sie genau so wie der Mörder unseres Genossen Gareis in München im Dunkel verschwinden, denn die Komorra, die den politischen Mord in Deutschland zu ihrer Spezialität gemacht hat, verfügt über so ausgezeichnete Verbindungen, daß die Mörder sich nicht einmal der Unbequemlichkeit auszuweichen brauchen, verhaftet und vor Gericht gestellt zu werden, — um dort den Freispruch entgegenzunehmen. Sie verschwinden ebenso leicht wie sie gekommen sind, um den von Moral triefenden intellektuellen Urhebern der Morde in der rechtsstehenden Presse die Möglichkeit zu geben, den politischen Charakter des verübten Attentats zu bestreiten.

In diesem Falle wird freilich das perfide Lügensystem der reaktionären Komorra niemand zu täuschen vermögen. Schon zur Zeit des ersten Attentats gegen Erzberger konnten von amtlicher Seite Äußerungen deutschnationaler Blätter wiedergegeben werden, die ziemlich offen zu seiner Ermordung aufforderten. Und mit Recht konnte damals die „Germania“ darauf hinweisen, daß das Attentat „auf das Schuldkonto der nationalistischen Hege“ komme. Seitdem ist die Haltung der rechtsstehenden Presse gegenüber Erzberger, den sie schon seit seinem Eintreten für einen Verständigungsfrieden im Jahre 1917 mit dem wütendsten Haß verfolgte, keineswegs anders geworden. Die Festigkeit ihrer Angriffe nahm allerdings ab, seitdem Erzberger, infolge des Kesseltreibens der plöcklich für politische Sauberkeit eintretenden Helfferichsclique sich eine Zeitlang vom politischen Leben zurückziehen mußte. Aber in den letzten Monaten, als Erzberger einigemal politisch hervortrat, mehrten sich die Anzeichen dafür, daß das Kesseltreiben gegen ihn erneut einsetzen sollte.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Erzberger, dessen vernichtende Schläge die Deutschnationalen mehrfach zu spüren bekommen hatten, mit auf der Liste jener Politiker stand, die von den Mordbuben der Rechten beiseite gerückt werden sollen. Wir wissen, daß die Reaktionen auch in dieser Beziehung sich nicht auf Drohungen beschränken, sondern ihren Worten Taten folgen lassen. Schon am 17. Juli konnten wir aus der in Halle erscheinenden „Allgemeinen Zeitung für Mitteldeutschland“, einem Stinnesorgan, die Mitteilung anführen, daß in letzter Zeit verschiedene Geheimorganisations in Deutschland geschaffen worden sind, deren Aufgabe es ist, die „Landesverräter“ durch Mord zu beseitigen. Praktisch wurde darauf hingewiesen, daß es in letzter Zeit in Berlin einige „unaufgeklärte Morde“ gegeben habe und daß vor den geheimen Brüdern und Jagdkommandos von „Unbedingten“ bereits mancher erzittere. Die hier gemachten Mitteilungen deduzierten sicherlich nur einen kleinen Teil jenes Verschwörernetzes auf, das von rechtsstehender Seite über das ganze Reich gesponnen ist und dessen Aufgabe darin

besteht, die unbehaglichen politischen Gegner durch Meuchelmord aus der Welt zu schaffen.

Dass es so weit gekommen ist, ist ein Ergebnis der ungeheuren Entartung, der die gesamte deutsche Politik in den letzten Jahren verfallen ist. Es ist das charakteristischste Kennzeichen der nachrevolutionären Periode, daß die Reaktion mit unerhörter Rohheit und Brutalität gegen ihre politischen Gegner vorgeht und den nackten Mord zu ihrer vornehmsten Waffe erfors hat. Während das revolutionäre Volk in den November- und Dezembertagen 1918 mit der größten Milde gegen seine bisherigen Herrscher vorgeing und jedes Menschenleben heilig hielt, kannte der Blutkrieg der herrschenden Klassen, als sie wieder Stück um Stück die Macht an sich riß, keine Grenzen, um an jenen Rache zu üben, die sich gegen sie erhoben hatten. Wie Dr. Gumbel in seiner befannten Schrift „Zwei Jahre Mord“ dokumentarisch nachweist, sind in den Jahren 1919 und 1920 314 öffentliche Mord durch die Reaktion verübt worden, ungerichtet die vielen, noch ungeführten hundert im Strafentwässer verübten Morde der militärischen Formationen der Reaktion. Demgegenüber stehen in derselben Zeit nur 15 Morde, die von links verübt wurden.

Aus derselben Statistik geht ferner hervor, daß eine lange Reihe bedeutendster Führer der Linksparteien der Mordpraxis der Rechten zum Opfer gefallen ist; dagegen ist kein einziger Führer der Rechtsparteien getötet worden. Noch bedenklicher jedoch ist, daß die verhältnismäßig wenigen Attentate gegen Reaktionsäre so gut wie sämtlich durch schwere Strafen gesühnt worden sind; dagegen ist von den sehr zahlreichen Attentaten gegen Männer der Linken kein einziges gesühnt worden.

Dieser Punkt ist das Entscheidende auch in diesem Augenblick, was eine neue Mordtat der Reaktion den Abgrund der Leidenschaftlichen aufgedeckt hat, die das politische Leben Deutschlands durchstoben. Es muß immer wieder mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß es die rechtsextremen Parteien sind, jene Parteien, die die Wiederherstellung des alten Kaiserreiches und des alten Militarismus anstreben, die den Mord als Hauptwaffe ihrer Politik erfors haben. Die objektiven Zahlen der Statistik zeigen, daß die revolutionären Parteien dieses Kampfmittel scheuen, während es von den Parteien der Reaktion für berechnend, systematisch und planmäßig angewendet wird. Und noch eins ist von Bedeutung: Die reaktionären Mörder wissen, daß sie nicht nur über ein weitverzweigtes Netz von Verbindungen verfügen, daß ihnen nicht nur der irreguläre Anhang der Deutschnationalen zurufen, sondern daß ihnen die deutsche Justiz völlige Straflosigkeit zusichert. Während von den Rechten die grausamsten Strafen gegen Angehörige der Linksparteien gefällt worden sind, während noch in den letzten Monaten im Anschluß an die Vorgänge in Mitteldeutschland zahlreiche Arbeiter insgesamt zu mehreren tausend Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, sind die Morde der Reaktionsäre gegen Mitglieder der Linksparteien sämtlich ungeführt, und von zahlreichen Hochverrätern, die im vorigen Jahr den Kapp-Putsch verübten, ist noch bisher kein einziger verurteilt worden.

Es gilt als allgemein anerkannter Erfahrungssatz, daß der Stand der Rechtspflege der jeweiligen Kulturhöhe des betreffenden Volkes entspricht. Gemessen an dem Niveau der deutschen Rechtspflege, wie tief steht Deutschland! Jene Richter, die sich vor allem als deutschnationale Politiker fühlen, sind, soweit politische Delikte in Frage kommen, nicht Förderer des Rechts, sondern Werkzeuge des Klassenhasses und Klassenkampfes der Reaktion. Sie tragen die Verantwortung dafür, daß der von den Rechtsparteien geübte politische Kampf Formen des Meuchelmordes und des Banditentums angenommen hat.

Diese Tatsache feststellen, heißt auch den Weg zu ihrer Überwindung weisen. Wenn jetzt nach der Ermordung Erzbergers erneut die Frage nach den eigentlich Schuldigen aufgerollt wird, so muß neben der deutschnationalen Pögnompression mit ihrer fortgeschrittenen mörderischen Propaganda, neben den militärischen Verbänden und Organisationen, die den Mutterboden für die reaktionären Verschwörer und Attentäter bilden, in erster Linie das völlige Versagen der deutschen Justiz genannt werden. Der Kampf gegen alle diese Faktoren ist unerlässlich, soll das politische Leben Deutschlands nicht in dem Blut und Schmutz ersticken, das die Träger der Reaktion ringsum aufgehäuft haben.

## Gefahr in Verzug!

Einem Artikel der „Sozialistischen Korrespondenz“ über die Ermordung Erzbergers, der die Stimmung der Rechtssozialisten wiedergibt, entnehmen wir:

Keine Täuschung! Die Folgen der Ermordung Erzbergers werden katastrophal sein für Deutschland. Der Arbeiterkampf demütigt sich ein kalter, aber dauerhafter Haß gegen die Heher in den Rechtsparteien, die den Mord auf dem Gewissen haben. Das ist der Dank für die Mähigung der diehisch und schamlos gequälten Proletariat, die im November 1918, als die Kanäle der Rechtsparteien sich verkröht, die Schuldigen nicht an die Wand hängten, wie sie es verdienten. Die Feigheit der großen Herren auf der Rechten im November 1918 ist notorisch. Sie winkten und baten, man möge sie nicht verfolgen. Es dauerte nur ganz kurze Zeit, da kam Ludendorff, der deutsche Mac-Nahon, wieder nach Deutschland zurück, weil er wußte, es wird ihm nichts geschehen. Raun fühlte sich die Kanalle sicher, da hefte sie ihre sanftmütigen Anhänger auf die Führer der Linken. Mordtat auf Mordtat folgte, und noch immer haben die Blutsäuser, die aus dem „Stahlbad des Weltkrieges“ heil davongekommen sind, nicht genug Blut geflossen. Der Mord an dem Unadungigen Abgeordneten Gareis in München ist noch ungeführt. Gareis Grad ist noch frisch, da durchbohren die Kugeln der Rechtssozialisten den vielgehähten Erzberger.

Helferichs Hege hat Erfolg gehabt, großen Erfolg. Helferich und seine Freunde werden jetzt selbstverständlich mit großer Entzückung offiziell ihren Abscheu über die Mordtat bekunden. Die Rechtsblätter werden sagen, wir wollten die Ermordung Erzbergers nicht, wir wollten nur die politische Kastration dieses Mannes. Allein die Leser der Rechtspresse, alle die Leute, denen die Rechtspresse erzählt, Erzberger habe Deutschland ins Unglück geführt, Erzberger habe sich Millionen gemacht, Erzberger habe Steuerbetrug getrieben, alle diese Leute, die die Lügen der Rechtspresse für bare Münze nehmen, erklären schon jetzt vor den Schauspielern der Berliner Zeitungshäuser: „Dem Lumpen ist recht geschehen!“ „Es ist ganz gut so, daß sie diesen Kerl, diesen Erzberger, totgeschossen haben!“

Deutschland ist blutbefleckt. Das ganze Ausland ist entsetzt über die Tatsache, daß die Gegenrevolution in Deutschland seit Tage und Tag ungeführt worden darf. Stolz und schmutzriechend steht Deutschland heute vor der Welt da. Mit dieser Schmach muß aufgeräumt werden. Die sozialdemokratischen Arbeiter stehen, fass vor Schreck, vor der neuen Bluttat der Gegenrevolution. Die

sozialdemokratischen Arbeiter, diese treuen Kämpfer, die seit Jahr und Tag trotz aller Verhöhnungen und Beschimpfungen ihren Führern die Treue gehalten haben, warten mit Spannung darauf, was nun geschehen soll. Die sozialdemokratischen Arbeiter erwarten, daß endlich von ihren Führern unbarmherzig durchgegriffen wird. Es sind noch keine drei Tage her, da schrieb die „Freiheit“, ob denn mit dem Standal der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in Bayern nicht endlich Schluss gemacht würde. Wir machten kein Hehl daraus, daß wir durchaus die Forderung der „Freiheit“ billigen. Wir rufen unserem Genossen Stadnauer im Reichsministerium des Innern zu: Werde hart! Sei unerbittlich, wo es sich um eine Forderung der Gerechtigkeit handelt! Zeig' den Gegenrevolutionären in Bayern, die sich über dich lustig machen wollen, die Zähne! Wir rufen allen sozialdemokratischen Führern, ganz gleich, ob sie in irgendeiner Regierung stehen oder nicht, zu: Tut alles, um die Arbeiterklasse zusammenzuführen, denn Gefahr ist im Verzug. Die Reaktion in München spricht davon, es stehe eine „politische Umwälzung“ bevor. Da in Bayern die Linke fürchterlich geschwächt ist, versteht jeder Mensch, worauf das Gerede hinaus will. Die Reaktion sah mit Verdruck, daß das Kabinett Wirth einige außenpolitische Erfolge erzielt hatte. Die Front von Helferich bis Gothein, die Front des Egoismus und der Habgier, fürchtete, daß im Herbst vielleicht doch größere Lasten auf die Schultern der Besiegenden gelegt werden könnten. „Erzberger vor den Toren!“ — So schrieb schon vor einigen Wochen aus den Blättern der Rechten. Die Reaktion konnte nicht warten, sie bereitete sich, den Mann zu töten, nicht bloß politisch zu töten, der in der kommenden Krise für die Linke eine wertvolle Kraft bedeutete.

## Erzberger

Die Deutschnationalen haben einen ihrer gefährlichsten und geachtetsten Gegner zur Strecke gebracht.

Aus kleinen Anfängen hat sich der Volksschullehrer zu einem der einflussreichsten Politiker entwickelt, der in der letzten Zeit des alten Systems und ganz entscheidend seit dem Zusammenbruch in das historische Geschehen eingriff.

Erzberger war als Persönlichkeit nicht ausgeglichen. Scharfer Verstand, rasche Auffassungsgabe, außerordentlicher Fleiß, eine kostbare Arbeitskraft, große Gewandtheit zeichneten ihn aus. Aber sein Verstand war mit einer Eschlaueit gepaart, die ihn bisweilen hinterhältig erscheinen ließ, und für die politische Intrige, die im parlamentarischen verdeckten absolutistischen System gedeihen mußte, hatte er nicht nur natürliche Begabung, sondern offensichtlich auch Gefallen. Sein Charakter war nicht ohne alle Schläden, und der Mann, der in kurzer Zeit aus ärmlichen Verhältnissen zur politischen Höhe emporgestiegen war, verhielt sich nicht wie darbietende Gelehrten, jene materielle Unabhängigkeit zu erwerben, die nun einmal in der bürgerlichen Welt so begehrenswert erscheint. Aber Erzberger war kein schmüger Interzessenvertreter, wie sein späterer Feind Helferich, und sein öffentliches Wirken widerlegte die Behauptung, daß er in großen Dingen seine Ueberzeugung materiellen Vorteilen geopfert hätte. Der arme Volksschullehrer, der zum einflussreichsten Zentrumspolitiker geworden war, dessen Kraft von allen Gruppen des Zentrums umworben wurde, vertrat dort die sozialpolitischen und demokratischen Tendenzen und wurde immer mehr zum Führer des linken Flügels.

Erzberger hatte sich schon vor dem Kriege als genauer Kenner des Staats, als Kritiker der Verwaltung eine sichere Stellung und eine mit Anseh und Abrechnung gemischte Achtung bei der regierenden Bürokratie erworben. Während des Krieges unterstützte Erzberger, wie fast alle bürgerlichen Politiker, die Kriegführung und wurde Leiter und Organisator vor allem der Kriegspropaganda. Aber früher als mancher andere seiner Kollegen sah er das Herannahen der Katastrophe, die Verderblichkeit und Sinnlosigkeit der Anzessionspolitik. Viel zu spät, aber noch immer als einer der ersten von den einflussreichen bürgerlichen Politikern fand er den Mut, sich dieser Politik entgegenzustellen, die sich damals noch mit allen terroristischen Mitteln als einzig richtige durchgehen wollte. Er entlarvte die verbrecherische Täuschung des U-Bootkrieges und war der Urheber der Friedensresolution. Demas entstand der tödliche Haß der Militaristen und Nationalisten.

Als dann der Zusammenbruch kam, weil Ludendorff noch noch geschlagen wurde, als der Zusammenbruch vollendet wurde, weil Hindenburg und Ludendorff in der ungünstigsten Stunde die sofortige Kapitulation verlangten und durchsetzten, da wurde Erzberger zu den Waffenstillstandsverhandlungen entsandt. Das Ergebnis war ungeheuer drückend, aber es war nur das Siegel auf die Katastrophe, die Ludendorff und die Kriegsverlängerer verursacht hatte.

Da setzte die deutschnationale Hege ein, die die Schuld für die Katastrophe auf Erzberger, der den Waffenstillstand unterschrieben hatte und unterschreiben mußte, abzuwälzen suchte. Erzberger lehrte zurück und entsaltete eine allgemein rührige und vielseitige Tätigkeit, sehr im Gegensatz zu den rechtsstehenden Politikern, die sich damals alle verkrochen. Er setzte alles daran, um seiner Partei die Mitwirkung und den Einfluß bei der Neuordnung der Dinge zu sichern. Der Risik im sozialistischen Lager kam ihm dabei zu Hilfe. Er blieb der Bundesgenosse der Rechtssozialisten und sicherte gerade damit den bürgerlichen Einfluß auf die Gestaltung der Ereignisse. Er konnte dies nur tun, indem er die republikanische und demokratische Entwicklung akzeptierte. Doch er dies tat, steigerte den Haß der Reaktion, sobald diese den Mut fand, ihre wahre Stimmung zu bekunden. Und vollends wurde Erzberger von ihr zum Sündenbock gemacht, als er im Gegensatz zur Mehrheit des Kabinetts Scheidemann für die Annahme des Friedensvertrages eintrat.

Nach Einderufung der Nationalversammlung war Erzberger erst Vizekanzler und später Finanzminister. Nach der Unfähigkeit und Untätigkeit seiner demokratischen Vorgänger Schiffer und Dernburg machte er endlich mit der Finanzreform ernst. Seine umfassende Beschneidung war trotz all ihrer Mängel ein großer Wurf, und es ist nicht Erzbergers persönliche Schuld, wenn sie schließlich in der Ausführung an dem Widerstand der Besiegenden und an der fortwährenden Geldentwertung zu einem großen Teile scheiterte. Noch wichtiger aber als die finanzielle war die politische Bedeutung der Vereinheitlichung des Steuerwesens und der Verwirklichung der Steuerhoheit des Reichs. Dann dies bedeutet neben der ebenfalls von Erzberger betriebenen Verwirklichung der Eisenbahnen einen bedeutenden Schritt zum Einheitsstaat.

Erzbergers Beschneidungen riefen auf den wütenden Widerstand vor allem der Deutschnationalen. Erzberger sollte fallen. Eine wütende Hege begann; aus kleinen Verleumdungen wurde durch Ausnützung gestöhener Steueraktien, durch Ueberreizung, Entstellung und Verleumdung die Anklage geschmiedet. Das Gericht, Erzberger gegenüber von vornherein ungünstig gestimmt, kam dem Helferich zu Hilfe. Erzberger trat im April 1920 aus dem Ministerium aus und zog sich zunächst aus dem Vordergrund des parlamentarischen Lebens zurück. Aber er arbeitete — und mit Erfolg — an seiner Rehabilitierung. Die schwersten Vorwürfe, die gegen ihn erhoben waren, konnten er entkräften.

Es war klar, daß Erzberger in nicht allzu ferner Zeit wieder in den Reichstag zurückgeführt wäre. In der letzten Zeit hatte er

oft in Zentrumsversammlungen gesprochen und die Versammlungen bewiesen, daß er starken Rückhalt bei den Arbeitern und Bauern hatte. Es war klar, daß seine Rückkehr ins politische Leben eine Stärkung der demokratischen und sozialpolitischen Richtung im Zentrum bedeutete. Die Aussichten auf die Befestigung einer linksgerichteten Regierung brachten die Deutschnationalen aber zur Raserei. Aufs neue entbrannte eine tolle Hege.

Sie hat Erfolg gehabt. Der gefährlichste Gegner der Deutschnationalen liegt tot auf der Bahre. Erzberger wurde gemordet nicht wegen seiner Fehler, sondern wegen seiner Verdienste. Und nichts zeigt vielleicht mehr die Verblendung der führenden Kreise des deutschen Bürgertums, als daß sie den Mann als ihren Todfeind hielten, der derjenige gewesen ist, der in dem Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus dem Bürgertum den größten Dienst erwies, indem er jene demokratisch sozialreformistische Politik entworfen einschlug, die dem Bürgertum zuerst wieder Einfluß und Mitbestimmung gab.

Matthias Erzberger wurde am 20. 9. 1875 als Sohn eines Volksschullehrers in Lautenhausen (Württemberg) geboren. Er besuchte das Lehrerseminar in Gailgau und war dann zwei Jahre als Volksschullehrer tätig. Dann studierte er in Freiburg (Schweiz) Staatsrecht und Nationalökonomie. Von 1896 bis 1903 lebte er als Schriftsteller und Redakteur in Stuttgart, wo er auch in der christlichen Gewerkschaftsbewegung tätig war. Im Jahre 1903 wurde er zum erstenmal als Mitglied der Zentrumspartei von dem Wahlkreis Württemberg-Königsplatz in den Reichstag gewählt, dem er ferner ununterbrochen angehörte. Seinen Wohnsitz verlegte er inzwischen nach Berlin, wo er Herausgeber einer Korrespondenz für die Zentrumsprelle wurde.

Als Mitglied der Zentrumsfraktion trat er bald in Budgetfragen hervor. Er gehörte zu dem sogenannten demokratischen Flügel der Fraktion und erregte öfter Anstoß bei deren rechten Flügel. Jedoch verstand er, gestützt von seinem Landsmann Grober, sich erfolgreich durchzusetzen. Während des Krieges nahm sein Einfluß immer mehr zu. Er wurde von der Reichsregierung mehrfach mit Aufträgen ins Ausland geschickt. Er wandte sich gegen den U-Bootkrieg und trat für einen Verständigungsfrieden ein. Bei der Neugestaltung, die Prinz Max von Baden Ende September 1918 im Reich und in Preußen durchzuführen unternahm, trat er als Staatssekretär ohne Portefeuille in dessen Kabinett ein mit dem besonderen Auftrag, als Führer der deutschen Waffenstillstandskommission mit dem Feind zu unterhandeln. Dieser Auftrag wurde auch nicht widerrufen, als die Revolution völlig neue Verhältnisse schuf.

## Wie Erzberger gemordet wurde

Über die Vorgänge, die sich bei der Ermordung des Abgeordneten Erzberger abgespielt haben, erzählt die „Telegraphen-Anhänger“ nach folgende Einzelheiten: Die beiden Reichstagsabgeordneten Diez und Erzberger gingen in der Zeit zwischen 10 und 11 Uhr vormittags auf der von Griesbach nach Freudenstadt führenden Landstraße spazieren. In nächster Entfernung folgten ihnen zwei Männer. Den beiden Abgeordneten wurde die Straße ungemütlich, sie machten kehrt und gingen auf der Landstraße nach Griesbach zurück. Auch die beiden Fremden wandten sich um und gingen nahe an Erzberger und Diez heran. Ohne irgendein Wort zu sagen, zog einer der Fremden scheinlich eine Schusswaffe und drückte los. Durch den Schuß wurde der Abgeordnete Diez an der Schulter verletzt und stürzte zu Boden. Erzberger sprang nun über die Böschung der Straße, um sich den beiden Unbekannten zu entziehen. Diese eilten ihm nach und feuerten mehrere Schüsse auf ihn ab. Bei der Verfolgung brach Erzberger zusammen, was die beiden Täter aber nicht abhielt, unangesehen auf dem am Boden liegenden Mann zu feuern, der von 12 Kugeln durchbohrt, alsbald verstarb. Zwischen war Diez wieder aufgefunden und hatte sich zu Erzberger begeben, der bereits verstorben war. Die beiden Täter standen in nicht allzu großer Entfernung, wahrscheinlich um sich zu überzeugen, daß Erzberger tot war. Den Abgeordneten Diez ließen sie unangesehen. Sie verschwanden, als Diez sich vom Plage wegschob, um Hilfe zu holen. Reichstagsabgeordneter Diez fand in Petershau Aufnahme. Er wird morgen das Offenbacher Krankenhaus aufsuchen. Seine Verletzung ist nicht bedenklich. Die Leiche Erzbergers blieb den ganzen Nachmittag an dem Tatort liegen, der in weitem Umkreise abgesperrt ist. Die Verfolgung der Täter wurde sofort aufgenommen.

W.B. meldet ergänzend zu dem Attentat auf Bad Griesbach: Heute vormittag 11 Uhr waren die Reichstagsabgeordneten Erzberger und Diez auf einem Spaziergang nach dem Kniebis begriffen. Die beiden Herren wurden dort von zwei gut gekleideten jungen Leuten überholt, die bald darauf an einer Weggabelung wieder vor ihnen standen. Ohne ein Wort zu sagen, feuerten die jungen Leute aus kürzester Entfernung auf Erzberger und Diez eine große Anzahl Schüsse ab. Diez wurde an der Schulter getroffen und sank zu Boden. Erzberger suchte Schutz in einer Böschung, wurde aber von den Mördern verfolgt und durch einen Kopfschuß getötet. Insgesamt sind 12 Schüsse auf ihn abgefeuert worden. Von den Tätern, die mit großer Kalibritigkeit zu Werke gingen und sich kurz vorher mit einem Straßenmärter unterhielten, liegen genaue Beschreibungen vor, doch konnten sie bis jetzt nicht festgenommen werden. Gegen Abend wurde die Leiche Erzbergers, nachdem die Gerichtsbehörden den Tatbestand aufgenommen hatten, nach Griesbach geführt und hier aufgebahrt.

## Die Mordpropaganda

In Verbindung mit dem Attentat gegen Erzberger gewinnt die Tatsache Bedeutung, daß vor einigen Wochen die „Schwarzwälder Volkswacht“ in Schramberg folgendes Gedicht veröffentlichte:

Du tapfere Held, du löstest den Garis nieder,  
Du brachtest allen uns Befreiung wieder  
Von einem laubern Sozialhund.  
Welch Licht in unserer Trauerstund!

Kuch Kathenan, der Walter,  
Erreicht kein hohes Alter.  
Die Rache, die ist nah.  
Hurra! Hurra! Hurra!

Laßt uns froh und munter sein,  
Schlägt dem Wirth den Schädel ein!  
Lustig, lustig, trälleralla,  
Wald ist Wilhelm wieder da.

Wenn einß der Kaiser kommen wiß,  
Schlagen wir zum Krappel den Wirth,  
Knollen die Gewehre tod, tod, tod,  
Aufs schwarze und das rote Pad.

Haut immer feste auf den Wirth!  
Haut seinen Schädel, daß es lirt!  
Knallt ab den Walter Kathenan,  
Die getoerisuchte Judensau!

Angeheißt soll dieses Lied von einer Schar von Jünglingen mit dem Hakenkreuz am Waffentrod gesungen worden sein. Die „Schwarzwälder Volkswacht“, ein deutschnationales Organ, sorgte für entsprechende Verbreitung des Heßgedes. Der Erfolg ist offensichtlich: Griesbach, wo Erzberger ermordet wurde, liegt nicht weit von Schramberg.

# Die Teuerungszulagen für die Beamten

## Die Stellung der Gewerkschaften zu dem Verhandlungsergebnis

Nach dem Abschluß der vierjährigen Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Verhandlungskommission der Beamten, Arbeiter und Staatsangestellten haben die in Betracht kommenden Verbände ihre zuständigen Körperschaften nach Berlin berufen. Die Tagung muß bis Dienstag, den 30. August, abends 6 Uhr beendet sein, weil die neuen Bezüge mit größter Beschleunigung zur Auszahlung kommen sollen. Die Verhandlungskommission hat sich einmütig bereit erklärt, den Mitgliedern ihrer Verbände die Vereinbarung zur Annahme zu empfehlen.

# Die Lohnverhandlungen im Bergbau

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Ueber die gegenwärtigen Lohnforderungen der Bergarbeiter haben im Reichsbergräte ministerium am 26. August getrennte Besprechungen mit Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber-Verbände stattgefunden, in deren Verlauf die Arbeitgeberverbände folgende Erklärung abgaben:

Die bestehenden Teuerungsverhältnisse lassen in allen Bergbaubezirken eine Gehalts- und Lohnenerhöhung als angemessen erscheinen, deren Durchführung und Höhe von den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Bergbauweilte und Bezirke abhängig sein muß. — Die Arbeitgeberverbände sind bereit, in den einzelnen Bezirken sofort in Lohnverhandlungen einzutreten. Zu der Frage, ob die Verständigung außerdem sofort zu beginnenden Verhandlungen gefördert werden kann, werden die Arbeitgeber baldigst Stellung nehmen, die Arbeitgeber des Kohlenbergbaues gelegentlich der unmittelbar bevorstehenden Sitzung des Reichsbergräteverbandes am 30. August. Dieses vorläufige Ergebnis der Verhandlungen bedeutet eine Annäherung der Standpunkte beider Teile, die eine Verständigung erhoffen läßt.

# Die Lohnbewegung im Reich

Das Preis wird gemeldet: Im Bezirke des Sächsisch-Thüringischen Arbeiterverbandes sind sowohl die Tarife der Arbeiter als auch der Angehörigen durch die Arbeitnehmer befähigt worden. Die Forderungen der Arbeiter betragen eine Erhöhung von 3 Mark pro Stunde bis zu 20 Jahren und 3,50 M. für die Arbeiter über 20 Jahre. Die Angestellten verlangen ein Monatsgehalt als Sonderzulage und einen proportionalen Zuschlag zu den bestehenden Gehältern.

Im Bereiche des Arbeitgeberverbandes der Sektion 4b der Sächsischen Industrie Deutschlands (Westdeutschlands) hat der Verband der Fabrikarbeiter das Tarifabkommen abgeschlossen. Seine Forderungen betragen 2 Mark je Stunde. Außerdem sind noch einige Nebenforderungen erhoben worden.

Zur Lohnbewegung der Hamburger Hafenarbeiter wird noch gemeldet: Der Schlichtungsausschuss hat den Hafenarbeitern für den Arbeitstag eine Lohnzulage von 8 Mark zugesichert, weiblichen und jugendlichen Arbeitern vier Mark. Auch soll für Nebensonderarbeiten ein Lohnzuschlag von 30 Prozent erfolgen. Die Akkordarbeiter erhalten eine Zulage von 8 Prozent auf die tariflichen Akkordsätze. Die Hafenarbeiter wenden sich namentlich gegen die Verschlechterung für die Akkordarbeiter. Auch die übrigen Zustände werden angefaßt der zunehmenden Teuerung als zu gering bezeichnet. In namentlicher Abstimmung wurde der Schlichterspruch mit überwiegender Mehrheit abgelehnt.

# Massenkundgebung der Münchener Arbeiterschaft

## Drahtmeldung unseres Korrespondenten München, 26. August.

Die Massenkundgebung der Münchener organisierten Arbeiter und Angestellten gegen die Wucher- und Preistreibelei für Einfuhr der Weltmarktlöhne ist unter gewaltiger Beteiligung verlaufen. Am Nachmittag nach Arbeitsluß bewegten sich die Massen in geschlossenem Zuge von den Betrieben durch die Stadt nach den Versammlungsorten. Trotdem nur eine Versammlung angekündigt war, füllten an 30.000 Personen die Räume und die Gassen der sechs größten Versammlungsorte der Stadt. Mindestens die gleiche Anzahl sammelte sich vor den Lokalen an weiteren Tausende bewegten sich auf den angrenzenden Straßen. Es sprachen Redner in den Sälen und Gärten. Von den Fenstern und Terrassen herab richteten andere Redner ihre Worte an die auf der Straße Versammelten, insobedessen mußte der Straßenverkehr zum Teil eingestellt werden. Nach Schluß der Versammlung bewegten sich die Teilnehmer in geschlossenem Zuge über die Grabbrücken in das Innere der Stadt hinein.

Die Polizei hatte umfassende Vorkehrungen getroffen, wagte aber angesichts des machtvollen Aufmarsches des Münchener Proletariats weder den Zug noch die Versammlung, die zum großen Teil gegen die Verordnung des Ausnahmezustandes abgehalten wurde zu stören. Der Ausnahmezustand hat sich dem Druck der großen Masse gegenüber als ohnmächtig erwiesen. Nach dem ungeordneten Verlauf der Demonstration kam die Polizei geritten und in Lastautos herbei, um die Brücken abzusperren. Dieses Vorgehen, sich zu zeigen, erregte allgemeine Heiterkeit. Die ganze Kundgebung verlief völlig ungestört, trotdem die Verbände alles getan hatten, um Zwischenfälle hervorzurufen.

Die Ermordung Erzbergers hat hier große Erregung hervorgerufen, besonders in den Kreisen der christlichen Gewerkschaften und bei dem katholischen Kleinbürgertum. Man erinnert an die Mordaffaire Downer-Freder und an die Ermordung des Abgeordneten Garcia und daß solche Taten unter ähnlichen Umständen erfolgt sind. Die Bayerische Volkspartei hat sich bekanntlich in der Person ihres Führers, des Geheimrats Held, im Falle Downer-Freder Schuldig vor die Wehrzentrale gestellt.

# Vor der Tagung des Völkerrundrates

Genf, 26. August.  
Ein Sonderberichterstatter von Havas meldet: Blomont, Vizepräsident der Völkerrundrates, ist heute vormittag in Genf eingetroffen, desgleichen ist Paul Humans eingetroffen, der den Vorsitz in den neuen Verhandlungen zwischen Polen und Litauen führt. Sowohl Humans wie auch von Cuxha, der brasilianische Delegierte, versichern sich dagegen, daß sie irgendwas um die Verständigung in der abschließlichen Frage angegangen worden sind. Sie hätten also keine Gelegenheit gehabt, einen solchen Auftrag abzuschließen. Humans hat es aus eigenen Antrieb übernommen, dem Bericht über die abschließliche Frage zu erläutern, weil er die Angelegenheit von Litwa vor sich halte.  
Der Vorsitzende des Völkerrundrates wird in dem Bericht, den er dem Rat erstatten wird, eine rein sachliche Darstellung der Tatsachen geben. Nachdem der Vorsitzende und Berichterstatter dieses Schriftstück verlesen hat, wird er seinen Kollegen das Wort erteilen zu einem Meinungswechsel über das anzunehmende Verfahren. Man ist der Ansicht, daß diese erste Verhandlung den Rat 2 bis 3 Tage in Anspruch nehmen werde. Man ist sich in den Kreisen des Völkerrundrates ganz klar darüber, daß die öffentliche Meinung aller Länder eine möglichst schnelle Lösung der abschließlichen Frage herbeiführt. Aber man scheint hier auch zu wünschen, daß die öffentliche Meinung sich auch ganz genau alle Schwierigkeiten der Aufgabe vergegenwärtige. Man fordert für die Mitglieder des Rates, die sich niemals mit dieser Frage befassen haben, das Recht, sich eingehend zu unterrichten, und reißlich zu überlegen. Die vorbereitende Arbeit wird für die Mitglieder des Rates die unbedingte Voraussetzung für die Unabhängigkeit ihres Urteils sein.

nachdem der Vorsitzende und Berichterstatter dieses Schriftstück verlesen hat, wird er seinen Kollegen das Wort erteilen zu einem Meinungswechsel über das anzunehmende Verfahren. Man ist der Ansicht, daß diese erste Verhandlung den Rat 2 bis 3 Tage in Anspruch nehmen werde. Man ist sich in den Kreisen des Völkerrundrates ganz klar darüber, daß die öffentliche Meinung aller Länder eine möglichst schnelle Lösung der abschließlichen Frage herbeiführt. Aber man scheint hier auch zu wünschen, daß die öffentliche Meinung sich auch ganz genau alle Schwierigkeiten der Aufgabe vergegenwärtige. Man fordert für die Mitglieder des Rates, die sich niemals mit dieser Frage befassen haben, das Recht, sich eingehend zu unterrichten, und reißlich zu überlegen. Die vorbereitende Arbeit wird für die Mitglieder des Rates die unbedingte Voraussetzung für die Unabhängigkeit ihres Urteils sein.

# Rathenau und Loucheur in Wiesbaden

Wiesbaden, 26. August.

Zwischen den Ministern Rathenau und Loucheur haben heute die angekündigten Verhandlungen begonnen, es fanden zwei mehrstündige Sitzungen statt, und zwar wurden am Vormittag allgemeine Fragen behandelt, am Nachmittag wurde abgesehen von der Zeit des Hauptabkommens über Sachleistungen durchgehenden. Währenddessen vereinigten sich die beiderseitigen Referenten, um die Nebenabkommen über Restitutionsfragen zu beraten. Diese Besprechungen werden heute abend und morgen fortgesetzt. Zwischen den Ministern sollen morgen zwei weitere Besprechungen stattfinden, die sich auf die noch zu klärenden Punkte des Hauptabkommens und auf die Einzelberatung der Nebenabkommen erstrecken werden.

# Die Iren lehnen ab

Dublin, 26. August. (Reuter.)

In seiner Antwort auf das britische Anerbieten sagt de Baskara, er habe die Vorschläge der britischen Regierung dem Daik Circuit unterbreitet. Dieses habe sie einstimmig abgelehnt, sei indessen bereit, auf der Basis einer Regierung mit Zustimmung der Regierten weiter zu verhandeln.

# Unglaubliche Wirtschaft Konfusion im Arbeitsnachweiswesen

Auf recht trübselige Zustände macht der „Gewerkschaftliche Nachrichten“ in einer Notiz über die ungläubliche Verwirrung aufmerksam, die in den Reichs- und Landesministerien in der Arbeitsnachweisfrage zu herrschen scheint. Die Korrespondenz schreibt: Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung, die besonders im Gastwirtsgewerbe die Not der Arbeitslosen ausbeutet, wurde durch Verordnung der Demobilisierungsbüro in Bayern, Baden, Württemberg, Mecklenburg, in Preußen in den Städten Berlin, Danzig, Königsberg, Stettin usw. verboten. Dieses Gewerbe, das keine Existenzberechtigung hatte, war also zu einem nicht unbedeutenden Teil verschwunden. Seit der selben Zeit datieren die Verwirrungen, das Arbeitsnachweiswesen gefühllos zu regeln, die zu dem Arbeitsnachweisgesetz führt haben.

Trotz dieser Vorgänge hat der Reichsminister des Innern durch Erlass vom 28. Mai 1920 (I. M. 5280) die Verordnungen, die auf Grund der Vollmachten der Demobilisierungskommission vom 7. November 1918 erlassen waren, aufgehoben und damit auch der Stellenvermittlung die Möglichkeit zu neuem Leben zu erteilen, gegeben. Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten hat in einer Eingabe vom 20. September 1920 unter Hinweis auf die obigen Tatsachen erklart, die Verbote der Stellenvermittlung bis zum Inkrafttreten des Arbeitsnachweisgesetzes, das dieses Gewerbe befechtigen soll, bestehen zu lassen. Inzwischen hat, wie uns berichtet wird, die bayerische Regierung Einbürgerungsanträge der Stellenvermittlung, deren Gewerbebetriebe verboten sind, abgelehnt. Der preussische Handelsminister hat erst am 23. Juni 1921 (Z.-Nr. III 7771) angeordnet, daß in Rücksicht auf das kommende Arbeitsnachweisgesetz keine Realoffnungen an Stellenvermittlung erteilt werden sollen.

Unnötig scheint der Reichsarbeitsminister wieder wie vorher in entgegengelegener Richtung wirken zu wollen. Wie wir erfahren, soll der Reichsarbeitsminister durch einen vertraulichen Rundschreiben angeordnet haben, daß die Konfessionen der verboten gewordenen Stellenvermittlungsbetriebe wieder Gültigkeit haben sollen. Sollte sich diese Mitteilung bewahrheiten, so ließe das dem Haß den Boden ausschlagen. Dieser Erlass stünde im strengen Gegensatz zu den Maßnahmen der preussischen und bayerischen Regierung sowie der Absicht des Arbeitsnachweisgesetzes.

Wir erwarten, daß der Reichsarbeitsminister für dringende Auffklärung zu dieser Angelegenheit sorgt. Diesen Wunsch der Gewerkschaften schließen wir uns an. Es kann nicht energig genug ausgesprochen werden, denn solche Wirtschaft darf nicht geduldet werden. Wir sind vollkommen einig mit der Korrespondenz des A. D. G. B., wenn sie ihren Artikel folgendermaßen schließt: „Die Gewerkschaften verlangen, daß die gewerkschaftliche Stellenvermittlung verschwindet und daß Maßnahmen von den Regierungsstellen verhindert werden, die geeignet sind, die gewerkschaftliche Stellenvermittlung in das Leben zurückzuführen.“

# Das Wohlfahrtsministerium Aus dem Hauptausschuß des Landtags

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses gab Ministerialdirektor Dr. Bracht auf eine Anfrage zu, daß bei der Verwendung der Sammlungen für Oberschlesien erhebliche Unregelmäßigkeiten in der Verteilung der Gelder vorgekommen seien und daß einzelne Personen sich hierbei Gehälter „verpasst“ hätten, bis ein sofortiges Eingreifen des Wohlfahrtsministeriums nötig machten. Die Verwaltungskontrollen der gesammelten Gelder sind insobedessen unter strenger Kontrolle gestellt worden. In der weiteren Debatte legte Genosse Dr. Wenl den Standpunkt unserer Fraktion zu den Angelegenheiten des Wohlfahrtsministeriums dar. Den Kommunisten wies er nach, daß ihre Anträge größtenteils demonstrieren Zwecken dienten. Auch wir haben die Ueberzeugung, daß ohne Beilegung der kapitalistischen Parasten, ohne Hinaufführung der Menschheit zu einer höheren Produktionsordnung eine durchgehende Verbesserung der Verhältnisse nicht erreicht werden könne; bis dahin können aber unsere nothleidenden Volksgenossen nicht warten, es gilt schon heute, für die minderbemittelten Kreise so viel wie irgend möglich herauszuholen und dabei die tragfähigen Säulern zu erhalten. Unter Redner vertrat dann den Antrag unserer Fraktion, auf die Reichsregierung einen Druck auszuüben, daß die Rentenverfahren der Kriegsdienstbeschädigten mit der allergrößten Beschleunigung durchgeführt werden, sowie den von unsern Freunden im Reichstag eingebrachten Antrag auf Abschaffung der §§ 218 ff. des Strafgesetzbuches (Whireldungsparagrafen) auf die mehrfache in der Debatte Hinweisungen worden war. Dr. Wenl beendete hierauf unsere Forderungen, daß mit der Eile zur Einbringung der Eile erforderlichen Papiere dem Ständesamt ein ärztliches Gesundheitszeugnis beizubringen ist, zum Nachweis dafür, daß die Ehe-

stehenden frei von ansteckenden Krankheiten sind, zu der Fürsorge für Blindstühle, zu den Problemen der Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten. Er geißelte mit wahren Worten den rückständigen Standpunkt der Regierung in Sachen der Ehrengerechtigkeit. Wenn die Gegner der Sozialisierung der ärztlichen Heilberufe meinen, die Beamtenbeziehung der Ärzte sei ein Hindernis für ärztliche Qualitätsleistung, so frage er, ob denn ein Beamter stets faul, gleichgültig und interesselos sein müsse. Darüber, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen weder die Interessen der Ärzte noch die der Allgemeinheit genügend geschützt sind, könne ein Zweifel nicht obwalten. Auch für die Ärzteschaft würde die Sozialisierung eher eine Vermehrung als eine Verminderung ihrer Freiheit bedeuten. Sie liege in der Linie der Entwicklung und könne nicht mehr aufgehoben werden. Deshalb sei es besser, sie zu fördern und zu leiten, als ihr hartnäckigen Widerstand entgegenzusetzen.

Die Verhandlungen des Ausschusses über das Wohlfahrtsministerium dürften am Sonnabend mit den Abstimmungen über die einzelnen Anträge zu Ende gehen.

# Der Parteitag der SPD.

Jena, 26. August.

Die Statutenberatung, die die Donnerstagssitzung abschloß, nachdem eine besondere Kommission beauftragt worden war, die Gewerkschaftsrichtlinien der Zentrale zu verbessern, ergab folgendes: daß die, die einst so zimmig die Organisationspolitik der anderen verpöchtelt haben, schon im Organisationsrevisionismus gelandet sind. Wie soll man es anders bezeichnen, daß ein Antrag Heders angenommen wurde, wonach eine Registrierung der Mitglieder nach ihren Fähigkeiten für die verschiedenen Arten der Parteiarbeit vorgenommen werden soll. Das gibt ein vorzügliches Material für den Staatsanwalt. Die Statuten der Zentrale nach der Annahme. Wieviel Streitfälle für die Anlage und Fortführung dieser Kartothek angeht, werden müssen, danach hat niemand gefragt. Dann trat man darüber, ob die Verpflichtung zum Bezug des Parteiblattes in die Statuten aufzunehmen sei, und die Mehrheit legte diese Selbstverständlichkeit wahrhaftig hinein. Beispielsweise aber dürfte die Beitragsfestsetzung sein: 1 Mark wöchentlich für männliche und 50 Pf. für weibliche Mitglieder und Arbeitslose. Der Name wurde wieder einmal geändert, künstlich nennt man sich nur noch „Kommunistische Partei“ auf „Vereinigte“ hat man verzichtet, was nicht unberechtigt ist.

Eine Resolution zur Lage Sowjet Rußlands, die nach einem Referat Friesland angenommen wird, ruft alle Arbeiter zur Hilfe auf, beschimpft aber zum Schluß die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, weil sie angeblich eine gemeinsame Aktion des Proletariats verhindert hätten, und, wie es mit großer Ungezogenheit weiter heißt, die Intervention in eine Intervention zur Wiederherstellung des bürgerlich-demokratischen Regimes in Wahrheit der Herrschaft der russischen Junker und Kapitalisten, verfallen wollen.

Die Gewerkschaftsfrage wird durch die Annahme der unannehmlich geänderten Richtlinien der Zentrale erledigt. Bemerkenswert ist der ohne große Anteilnahme vollzogene Beschluß auf Schaffung eines Kampffonds für die rote Gewerkschaftsinternationale.

Menschen ergriffen hat die erschütternde Schilderung der Qualen der in den Zuchthäusern und in den zur Festsitzung umgewandelten Zuchthäusern schmachenden Opfer des Märzputsches und der weichen Rechtsjustiz, die donnernde Resonanz des Parteitagess fand. Eine scharfe Protestresolution, die Freilassung fordert, wurde einstimmig angenommen. Der ehemalige Münchener Nationalsozialist Thomas begründete einen Antrag zur Genossenschaftsfrage, die die Pflicht zur Bedarfsdeckung bei den Genossenschaften auspricht. Aber auch die Pflicht zum Kampf gegen die Genossenschaftsbureaucratie, die angeblich daraus ein Bollwerk der Reaktion machen will.

Die Redaktionskommission hat inzwischen die Resolution zum dem Steuern- und Wirtschaftskampf, die das in den Papierkorb befördernde Steuerprogramm der Zentrale erteilt, fertiggestellt. Es ist der glatte Sieg der „Linken“, die die Erfassung der Geldwerte, die durch die Zentrale noch kurz vorher noch selbst gefordert wird, für eine Erfindung der Gewerkschaften und Sozialdemokraten erklärt, um dem wirklichen Wirtschaftskampf um die Steuern auszuweichen, ebenso wie die veraltete Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern. Außerdem könne diese Geldwertverfassung bei unveränderten politischen Machtverhältnissen die Abwälzung der Lasten nicht verhindern. Gefordert wird: Abschaffung der indirekten Steuern, durchgreifende Vermögens- und Einkommensteuer bei Freilassung aller Einkommen bis 24.000 M. und Vermögen bis 100.000 M. Wegsteuerung aller Erbschaften, die 100.000 M. übersteigen, Befehlsgnadme der fürstlichen Vermögen und der am Völkermord beteiligten Herrscher und Staatsmänner. Einstellung der Zinszahlung für die Staatsschulden unter Schonung der kleinen Zeichner, Kontrolle der Produktion und der Preise durch die Betriebsräte, allgemeine Lohnenerhöhung um 100 Prozent. Die Lohnkämpfe sollen aus Schärfe scheitern und einheitlich zusammengesetzt werden. Gefordert wurde nach heftigem Kampf mit geringer Mehrheit die von Kahlow als eine Unterfütterung des Staats verwerfene Forderung nach einer Kontrolle der Steuerablieferung durch die Betriebsräte, für die sich Stoedter heftig eingesetzt hatte. Ein Antrag Hamburg forderte, daß die Parteien und sämtliche wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse zu einem einheitlichen Kampf für die 12 Punkte des Manifestes, das an die Partei erlassen wird, aufzuziehen soll.

Die Wahl zur Zentrale ergab als wesentliches, daß Stoedter und Roenendurchsleien die Gewählten sind: Peyer, Vieck, Koertzer, Roth, Hoffmeister, Walscher, Kemmle, Gerlein, Hedert, Hoernle, Friesland, Beria Braunthal, Klara Zellin, Schmidt-Hannover. Klara Zellin rangiert mit 181 Stimmen hinter Beria Braunthal, die 184 Stimmen erhielt! Mit einem Schlußwort Viecks wird der Parteitag geschlossen.

Der Reichsfanzler, die Reichsregierung und der Reichspräsident haben an die Gattin des ermordeten Abgeordneten Erzberger sehr warm gehaltene Beileidstelegramme geschickt, in denen sie ihre innigste Teilnahme an dem Tode Erzbergers und ihrem Abscheu über das selbe, schandvolle Verbrechen Ausdruck geben.

Unkimmigkeiten in der Chemnitzer Schuppschleife. Die Chemnitzer „Allgemeine Zeitung“ berichtet: Bei einer Hundertschaft der Chemnitzer Landespolizei ist vor einigen Tagen eine Meuterei ausgebrochen. Als von der Hundertschaft verlangt wurde, zu einer angelegten Uebung außerhalb der Stadt den Stahlhelm aufzusetzen, trat sie mit dem Gako an. General Reichert-Dresden, der der Uebung beiwohnen wollte, erlittete Meldung an den Ministerpräsidenten Buel und dieser verfügte die sofortige Entlassung der Leute. Inzwischen sind an den zuständigen Stellen Verhandlungen eingeleitet, um die Wiederindienststellung der Entlassenen herbeizuführen.

Empfang des mexikanischen Gesandten Balbino Davalos zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei dem Empfang war der Reichsminister des Auswärtigen, Rosen, zugegen.

Niederunterhaltungen im Ein- und Ausfuhramt Ems. Wie aus Bad Ems gemeldet wird, ist der in der Kasse des Ein- und Ausfuhramtes veruntreute Betrag bisher auf zwei Millionen Mark festgesetzt worden. Einer der Haupttäter, namens Reilin, der seit einigen Wochen in Urlaub ist, soll sich in Frankreich aufhalten.

Balkan-Verkehrstragen. Nach einer Havasmeldung aus Bukarest ist dort eine jugoslawische Abordnung eingetroffen, um über die Frage der gegenseitigen Eisenbahnerbindung und über eine große internationale Linie zwischen dem Balkan und dem Osten, die über Belgrad und Bukarest gehen soll, zu verhandeln. Die Wiedereinrichtung des Expresszugs Berlin-Bukarest soll für Ende Oktober in Aussicht genommen sein.



Groß-Berlin

Wohnungsnachweis-Schwindel

Zum Kapitel der Wohnungsnat lieferte eine vor der Ferien...

Im großen und ganzen soll seine Tätigkeit darin bestanden haben...

Der Angekl. Grün führte das Geschäft im Hause Gr. Frankfurter...

Der Staatsanwalt hielt beide Betrug nicht für nachgewiesen und...

Das Gericht hielt auch einen Betrug nicht für nachgewiesen und...

Das Gericht hielt auch einen Betrug nicht für nachgewiesen und...

Dieses Urteil ist einfach hanebüchen und wird von...

Die Großstadt, mit möglichst geringer Anstrengung...

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

Helene versuchte ihre unruhigen Hände zu halten; ver-

So begann ein leidenschaftliches Weinen, bei dem die...

Helene's Tränen flossen mit denen der Kranken. Was...

„Nein, alles war wüst und kraus und wirr, und dennoch leer...

„Rolf!“ rief sie leise in die wirren Reden der Kranken...

„Wah weinte sie mit der Weinenben, während Tina raslos...

könnte. Wir machen uns anheißig, sowohl Herrn Rechtsanwalt...

Die Flüchtlingsfürsorge des Roten Kreuzes

Eine ungewöhnliche Einrichtung.

Neben der Erwerbslosenfürsorge des Magistrats besteht noch...

Diese Vorkämpfer der nationalen Reaktion vertreten hinsichtlich...

Da die Grundlage der Flüchtlingsfürsorge die Erwerbslosenfür-

Angesichts dieser Tatsachen fordern wir im Interesse der All-

Es wird zwar behauptet, 1. werden die Interessen der Flücht-

Die Auflösung der Flüchtlingsfürsorge des Roten Kreuzes...

Es ist kein Zweifel, daß dieser Protest in erster Linie der Pro-

Der Kampf um die Schulbezerrnenten

Die Schuldeputation hat vor einiger Zeit Fräulein Dr. Anna...

Es ist kein Zweifel, daß dieser Protest in erster Linie der Pro-

Helene hatte, während sich all die wirren Gedanken und...

Schimpfend kam sie und rüttelte Helene auf: „Nun man...

„Kommen Sie doch mit mir, Fräulein!“ bat das Mädchen...

„Ich habe keine Zeit!“ wehrte Alwine ungeduldig ab, „geh...

Vielfaches übertragenden Frau darstellt. Alle angeblichen Gründe...

Fräulein Dr. Siemsen ist kein Reuling, sondern versteht...

„Damit ergab sich von selbst die Kandidatur Siemsen für die...

Das letztere ist häufig eingetreten, und es ist sicher, daß es auch...

Fürsorge für Mutter und Kind

Der Magistrat teilt mit: In dem Pflegekennnachweis des...

Es mag das Bestreben sein, das Zusammenbleiben von Mutter...

Das Verhör des Luftmörders

Seit Montag vormittag wird der Frauenmörder Karl Groh-

Da es nicht mehr möglich erschien, aus dem verstorbenen Ver-

Gestern vormittag hat Kriminalkommissar Dr. Riemann durch...

„Bleib zurück“, befahl sie. Auch sie wußte, wo der Vater...

Einen kurzen Augenblick zögerte Alwine, dann zog sie ent-

„Vater“, sagte sie entschlossen, „es ist gut, daß du kommst...

Unwillig und vorwurfsvoll zog der Vater die Lade auf; er...

„Er hat es gestohlen?“ fragte Alwine mit harter und...

„Ihr Vater antwortete lange nicht, dann sagte er endlich:...

„Und das sagst du so? Du mußt doch sofort telegraphieren!

„Du rührst dich nicht, hörst du? Keine Schritte weiter,...

**Gewerkschaftliches**  
**Zu dem Streik und der Aussperrung der Holzarbeiter Berlins!**  
Nachdem die Leitung der Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie... greifen sie zu Mitteln, die gerade jetzt als „unfair“ zu bezeichnen sind. In den einzelnen Bezirksversammlungen der Arbeitgeber wird nach wie vor damit bestraft, daß mit Anerkennung des Vertrages jede Selbständigkeit der einzelnen Arbeitgeber-Druckgruppen ausgeschlossen ist... Das Schwenken mit dem roten Lappen soll die bis auf die Knochen deutschnationalen Tischlermeister abhalten, den Vertrag anzuerkennen. Der Holzarbeiterverband hat, da diese unwahren Behauptungen täglich wiederkehren, eine Aufklärungschrift an alle Tischlermeister verteilen lassen, deren Wirkung sich schon bemerkbar macht.  
In dieser Aufklärungschrift „Weshalb der Kampf“ sind alle die von Paeth und Genossen angeführten Übertreibungen richtiggestellt, und den Arbeitgebern gesagt, daß die Treibereien ihres „Obermeisters“ das Berliner Holzgewerbe auf den Hund bringen.  
Zu keinem großen Leidwesen muß Herr Paeth sehen, wie mehr und mehr Arbeiter durch Leistung der Unterstufen Frieden mit ihren Arbeitgebern schließen, und um dies zu verhindern, ersucht diesen Leuten jedes Mittel als gerecht. In der Anwendung von Druckmitteln sind sie skrupellos und selbst vor der Bestrafung anderer Arbeiter, die als Heizer die Kraft für Holzbearbeitungsmaschinen liefern, scheuen sie nicht zurück.  
Auch in der Beeinflussung der Gerichte haben sich die Herren schon versucht, indem Rundschreiben an Kassensätze verschickt sein sollen, worin ersucht wird, sich krankmeldende Streikende und aus-

**Ein Beitrag zur Kaufmannsgerichtswahl**  
Ein würdiges Mitglied des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes ist der Personalchef der Nationalen Automobil-Kraftfahrerschaft, Berlin-Oberhönowerstraße, Herr Heidsieck. Er verweigert, wie uns mitgeteilt wird, den Verzichtserklärungen und -schreibungen den Ausweis, der zur Wahl der Kaufmannsgerichtsbefugter notwendig ist. Trotz wiederholten Hinweises des Betriebsrates auf das Unstatthafte dieser Handlungsweise hat er noch bis heute die Bescheinigungen nicht ausgestellt. Die betreffenden Kolleginnen und Kollegen haben sich genötigt, die Wahlbescheinigung vom zuständigen Polizeikommissar stempeln zu lassen. Sie werden den Deutschen Nationalen am Sonntag bei der Wahl die rechte Antwort erteilen, indem sie die

**Liste des Zentralverbandes der Angestellten wählen.**  
**Der Streikbeschluss**  
„Der Streikbeschluss“ des Zentralverbandes der Angestellten vom 28. August, den 11. September, ist nunmehr in Kraft getreten. Alle Angestellten, die dem Streik beitreten, sind verpflichtet, die Arbeit zu verweigern. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten.

**Wahlbescheinigung**  
Die Wahlbescheinigung für die Kaufmannsgerichtswahl ist nunmehr ausgestellt. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten.

**Streik und Eisenbahn**  
Der Streik hat zu erheblichen Störungen im Eisenbahnverkehr geführt. Die Eisenbahndirektion hat Maßnahmen ergriffen, um den Verkehr so weit wie möglich aufrechtzuerhalten. Die Eisenbahndirektion hat Maßnahmen ergriffen, um den Verkehr so weit wie möglich aufrechtzuerhalten. Die Eisenbahndirektion hat Maßnahmen ergriffen, um den Verkehr so weit wie möglich aufrechtzuerhalten.

**Generalversammlung der Glasarbeiter**  
Die Generalversammlung der Glasarbeiter wurde am Sonntag, den 28. August, in Berlin abgehalten. Die Versammlung wurde von einem Mann mit dem Namen Abramowitsch geleitet. Die Versammlung wurde von einem Mann mit dem Namen Abramowitsch geleitet. Die Versammlung wurde von einem Mann mit dem Namen Abramowitsch geleitet.

**Gewerkschaftliches**

**Zu dem Streik und der Aussperrung der Holzarbeiter Berlins!**

**Ein Beitrag zur Kaufmannsgerichtswahl**  
Ein würdiges Mitglied des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes ist der Personalchef der Nationalen Automobil-Kraftfahrerschaft, Berlin-Oberhönowerstraße, Herr Heidsieck. Er verweigert, wie uns mitgeteilt wird, den Verzichtserklärungen und -schreibungen den Ausweis, der zur Wahl der Kaufmannsgerichtsbefugter notwendig ist. Trotz wiederholten Hinweises des Betriebsrates auf das Unstatthafte dieser Handlungsweise hat er noch bis heute die Bescheinigungen nicht ausgestellt. Die betreffenden Kolleginnen und Kollegen haben sich genötigt, die Wahlbescheinigung vom zuständigen Polizeikommissar stempeln zu lassen. Sie werden den Deutschen Nationalen am Sonntag bei der Wahl die rechte Antwort erteilen, indem sie die

**Liste des Zentralverbandes der Angestellten wählen.**

**Der Streikbeschluss**  
„Der Streikbeschluss“ des Zentralverbandes der Angestellten vom 28. August, den 11. September, ist nunmehr in Kraft getreten. Alle Angestellten, die dem Streik beitreten, sind verpflichtet, die Arbeit zu verweigern. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten.

**Wahlbescheinigung**  
Die Wahlbescheinigung für die Kaufmannsgerichtswahl ist nunmehr ausgestellt. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten.

**Streik und Eisenbahn**  
Der Streik hat zu erheblichen Störungen im Eisenbahnverkehr geführt. Die Eisenbahndirektion hat Maßnahmen ergriffen, um den Verkehr so weit wie möglich aufrechtzuerhalten. Die Eisenbahndirektion hat Maßnahmen ergriffen, um den Verkehr so weit wie möglich aufrechtzuerhalten. Die Eisenbahndirektion hat Maßnahmen ergriffen, um den Verkehr so weit wie möglich aufrechtzuerhalten.

**Generalversammlung der Glasarbeiter**  
Die Generalversammlung der Glasarbeiter wurde am Sonntag, den 28. August, in Berlin abgehalten. Die Versammlung wurde von einem Mann mit dem Namen Abramowitsch geleitet. Die Versammlung wurde von einem Mann mit dem Namen Abramowitsch geleitet. Die Versammlung wurde von einem Mann mit dem Namen Abramowitsch geleitet.

**Streich bei Hermann Meyer u. Co.**  
Die Ausführungen des Genossen Abramowitsch, die sich auf reichhaltiges Lohnmaterial stützten, waren den anwesenden Kommunisten außerordentlich unangenehm, und sie versuchten durch dauernde Zwischenrufe, den Redner aus dem Konzept zu bringen. In der Aussprache zogen die Kommunisten, mangels sachlicher Argumente, einen persönlichen Kampf gegen Genossen Abramowitsch vor. Er fertigte diese Kampfwaise in seinem Schlusswort gekührend ab und appellierte an die Versammlungsteilnehmer, das leidende russische Proletariat durch tatkräftige Hilfe zu unterstützen.  
Nach den Ausführungen des Genossen Abramowitsch, die mit großem Beifall aufgenommen wurden, fanden einige Vorkämpfer ihre Erledigung.

**Streich bei Hermann Meyer u. Co.**  
Die Ausführungen des Genossen Abramowitsch, die sich auf reichhaltiges Lohnmaterial stützten, waren den anwesenden Kommunisten außerordentlich unangenehm, und sie versuchten durch dauernde Zwischenrufe, den Redner aus dem Konzept zu bringen. In der Aussprache zogen die Kommunisten, mangels sachlicher Argumente, einen persönlichen Kampf gegen Genossen Abramowitsch vor. Er fertigte diese Kampfwaise in seinem Schlusswort gekührend ab und appellierte an die Versammlungsteilnehmer, das leidende russische Proletariat durch tatkräftige Hilfe zu unterstützen.

**Arbeiterport**  
**Die Sport- und Hochschiffahrt**  
Die Sport- und Hochschiffahrt des 28. August, den 29. August, ist nunmehr in Kraft getreten. Alle Angestellten, die dem Streik beitreten, sind verpflichtet, die Arbeit zu verweigern. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten.

**Arbeiter-Mitglieder**  
Die Arbeiter-Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten sind verpflichtet, die Arbeit zu verweigern. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten.

**Parteiveranstaltungen**  
**Arbeiter-Kinder der Reichswehr**  
Die Arbeiter-Kinder der Reichswehr sind verpflichtet, die Arbeit zu verweigern. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten.

**Arbeiter-Kinder der Reichswehr**  
Die Arbeiter-Kinder der Reichswehr sind verpflichtet, die Arbeit zu verweigern. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten.

**Arbeiter-Kinder der Reichswehr**  
Die Arbeiter-Kinder der Reichswehr sind verpflichtet, die Arbeit zu verweigern. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Angestellten zu entlassen, die dem Streik beitreten.